



**Rede**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen**

**anlässlich des**

**„Tag der Heimat“**

**am Sonntag, dem 19. September 2010  
um 15.00 Uhr  
im Harmoniesaal am Schillerplatz in Bamberg**

Wir gedenken in diesen Tagen bundesweit unter dem diesjährigen Leitwort „Durch Wahrheit zum Miteinander“ den Millionen von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen und erinnern uns an den Verlust ihrer Heimat.

Ich möchte noch einmal an das vergangene Jahr erinnern, denn 2009 war das Gedächtnisjahr schlechthin. Wir gedachten den ersten demokratischen Wahlen in Deutschland 1919. Im letzten Mai vor 60 Jahren wurde das Grundgesetz verkündet, welches die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis heute war. Zugleich jährte sich zum zwanzigsten Mal der Fall der Mauer im Herbst 1989, der die deutsche Wiedervereinigung nach sich zog. Erinnert wurde auch an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor siebzig Jahren.

Kommt uns aber nicht bei zuviel Erinnerung unsere Zukunft abhandeln? Haben wir angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, die noch nicht ganz ausgestanden zu sein scheint, keine dringenderen Themen auf der politischen Agenda?

Kein Lebewesen, so lehrt uns die Sozialpsychologie, kommt ohne Gedächtnis aus. Wie wären Sie sonst in der Lage, nach dieser Veranstaltung nach Hause zu gelangen? Dabei ist Erinnerung ein Prozess und das Gedächtnis der Zustand. Erinnerung dient laut wissenschaftlicher Erkenntnis dazu, sich in der Gegenwart auf die Vergangenheit zu beziehen, um sich für Zukunft orientieren zu können.

Ich wiederhole diesen Satz, weil er für die gesellschaftliche Bedeutung von Flucht und Vertreibung zentral ist: Erinnerung dient dazu, sich in der Gegenwart auf die Vergangenheit zu beziehen, um sich für Zukunft orientieren zu können.

Der „Tag der Heimat“, die Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen und die Beschäftigung mit der bewegten Geschichte unseres Landes ist deshalb eben keine überkommene Selbstbeschäftigung, sondern eine Zukunftsaufgabe!

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spurensuche von Kriegskindern und nachfolgenden Generationen gilt es heute mehr denn je, den aktuellen Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Lage in der Bundesrepublik herzustellen.

Dabei ist die zentrale These zu diskutieren, ob die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit letztendlich positive Kräfte für die Bewältigung von gegenwärtigen wie zukünftigen Krisen freisetzt.

Hierzu bemerkte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Kongress der CDU/CSU-Fraktion „Wandel durch Erinnerung“ am 18. März 2009: *„Flucht und Vertreibung sind keineswegs vergessen. Ganz im Gegenteil. Die Schicksale der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen berühren uns stets aufs Neue. ... Auch*

*die Kinder und Enkel von Vertriebenen haben das Bedürfnis nach Klärung und vor allen Dingen nach Wahrheit. ... Es ist ein ureigenes menschliches Bedürfnis, sich ein möglichst vollständiges und wahrhaftiges Bild der geschichtlichen Wurzeln zu machen. Das ist die Vergewisserung dessen, was uns ausmacht. So können wir, aufbauend auf diesem Wissen, unsere Zukunft verantwortungsvoll gestalten.“*

Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges war die weltweit größte demografische Umwälzung des 20. Jahrhunderts und eine der größten der Geschichte. Deshalb ist es unser politischer Auftrag, an das Leiden der Deutschen zu erinnern, wie es auch unser Auftrag ist, aller Opfergruppen zu gedenken. Erinnern und Verstehen muss in einer Welt, in der heute noch Millionen von Menschen heimat- und hoffnungslos sind, eine europäische Gemeinschaftsaufgabe werden. Nur so kann ein friedliches Aufwachsen auch der künftigen Generation gesichert werden. Daher wollen wir „Wahrheit und Gerechtigkeit“ für ein Leben in Freiheit und Demokratie, für unsere Kinder und Kindeskinde, für ein starkes Europa.

Aus diesem Grundverständnis heraus haben wir seit Jahren um die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ gerungen. Die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dafür Sorge getragen, dass dieses Projekt mit dem Arbeitstitel „Sichtbares Zeichen“ Eingang in den damaligen Koalitionsvertrag 2005 gefunden hat.

Der Deutsche Bundestag hat mit breiter Mehrheit im Dezember 2008 die Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ beschlossen. Diese neue Bundesstiftung unter der Trägerschaft des renommierten Deutschen Historischen Museum in Berlin ist eines der wichtigsten Projekte unserer nationalen Identität in Europa.

Mit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ kehren die deutschen Heimatvertriebenen und das Vertreibungsschicksal ins öffentliche Bewusstsein zurück.

Die neue Stiftung wird an zentraler Stelle in Berlin – im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof – eine Dokumentationsstelle errichten, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern.

Die Bundesregierung legt entscheidenden Wert darauf, dass die Vertriebenen an der neuen Stiftung maßgeblich beteiligt werden. Ohne die Betroffenen selbst kann es kein öffentliches Erinnern geben.

Gerade in diesen Tagen (16.-18.09.10) veranstaltet die neue Bundesstiftung ein großes wissenschaftliches Symposium zu dem Thema, wie man Flucht, Vertreibung und ethnische Säuberung im Museum darstellen kann.

Die Geschichte der Deutschen des letzten Jahrhunderts wirft viele Schatten voraus; Schatten, denen wir uns gestellt haben. Wir haben unsere leidvolle Geschichte während der NS-Diktatur aufgearbeitet und gedenken dieser Verbrechen. Wir werden dies auch in Zukunft tun – dies ist durch das Gedenkstättenkonzept gewährleistet.

Ebenso gedenken wir der SED-Diktatur und deren Opfer. Auch dies ist dringend geboten. Fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Kenntnisse über das diktatorische System der DDR oft erschreckend gering. Umso größer ist die Gefahr, dass den verklärenden Schwärmereien von den angeblich sozialen Errungenschaften der DDR Glauben geschenkt wird. Das reale Leben sah anders aus. Die DDR war ein Überwachungsstaat, geprägt von Mauer- und Schießbefehl. Dies darf nicht in Vergessenheit geraten. Auch dafür steht die Union.

Aber wir haben auch die Pflicht und das Recht, unserer eigenen Opfer zu gedenken. Diesen Anspruch hat jedes Volk dieser Erde. Jedes Opfer hat das Recht auf die Anerkennung seines individuellen Schicksals. Das Recht auf Menschenwürde. Denn das Recht aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht.

Die neue „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wird diesem Ansatz gerecht. Die Dokumentationsstätte wird als ein Ort des lebendigen Gedächtnisses wirken. Sie wird ein Ort der Präsentation und der Darstellung der Vertreibungsgeschichte im Europa des 20. Jahrhunderts sein und die Erinnerung an das damit verbundene tiefe menschliche Leid wachhalten. Zugleich wird die Dokumentationsstätte die Aufgaben haben, die junge Generation an das Thema heranzuführen, Begegnungsstätte zwischen den Generationen zu sein und die aktuelle Dimension des Themas zu verdeutlichen.

Erinnern wir uns: Es ist gerade mal zehn Jahre her, als in Europa während des letzten Balkankrieges über 400.000 Albaner aus dem Kosovo vertrieben wurden. Auch heute finden Vertreibungen statt: so sind laut UN-Angaben im Darfur-Konflikt im Westen des Sudan zurzeit 2 bis 2,5 Millionen Menschen Binnenvertriebene.

Daher wird die neue Stiftung einen wichtigen nationalen und internationalen politischen Auftrag erhalten. Sie soll einen Beitrag dazu leisten, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft und weltweit zu ächten. Die Wichtigkeit dieses Auftrages konnte die Bundesregierung auch dem polnischen Premierminister, Donald Tusk, verständlich machen. Denn es geht hier gerade nicht um die Aufrechnung zwischen erlittenem Leid. Eine solche Sichtweise ist nicht nur nicht möglich, sie wäre sogar falsch. Jedes Schicksal ist einzigartig.

Wir sind auf einem guten Weg, aber wir haben noch einen Teil der Strecke vor uns liegen. Unser Ziel ist es jetzt, die Dokumentations- und Gedenkstätte zügig im

historischen Deutschlandhaus in Berlin zu realisieren. Das wird die Aufgabe dieser Legislaturperiode sein und daran werden wir hart arbeiten, denn das marode Deutschlandhaus muss dafür erst aufwendig saniert werden.

Eines ist an dieser Stelle ganz klar festzuhalten: Eine solche Dokumentations- und Gedenkstätte ohne angemessene Beteiligung der Vertriebenen wird es nicht geben. Sie sind die Opfer und sie entscheiden, wen sie in das Gremium entsenden!

Über 14 Millionen Deutsche sind am Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben wurden. Eine Zahl, die so oft genannt wurde, dass sich manchmal der Eindruck aufdrängt, dass die Menschen gar nicht mehr richtig zuhören; die Dimension gar nicht mehr wahrnehmen wollen.

Über 14 Millionen Heimatlose, ohne Hab und Gut. Menschen, die Angehörige, Freunde und Bekannte verloren hatten. Sie standen buchstäblich vor dem Nichts. Und sie alle drängten in ein Land, welches selber am Boden lag. Geplagt von grausamster Hungersnot. In einer Zeit, in der selbst das Aufsammeln von Bucheckern und Tannenzapfen genehmigungspflichtig war. Es ging um das nackte Überleben. Zum Tauschen hatten die Vertriebenen nichts, sie hatten alles verloren.

Oft aber verstanden die Einheimischen die Vertriebenen nicht. Sie sahen nicht, dass sie in ihrer Not den Vertriebenen gegenüber privilegiert waren. Ihr Verlust war enorm, aber sie hatten nicht ihre Heimat verloren. Der Mensch wird der Bedeutung von Heimat erst bewusst, wenn er sie verliert. Und viele Vertriebene und Flüchtlinge verloren sie. Sie verloren sie zweimal. An dem Tag, an dem sie ihre Heimat verlassen mussten und später, als sie erkennen mussten, dass es keine Hoffnung auf eine Rückkehr geben würde. Eine Hoffnung erstickt; Seelen zerbrechen. Daran müssen wir uns erinnern.

Begegnete ihnen diese neue Heimat auch manchmal mit kaltem Herzen, so gaben sie nicht auf. Sie gaben *sich* nicht auf. Denn bei all dieser Hoffnungslosigkeit hatten sie sich eines bewahrt: Ihren Willen zum Leben. Sie haben sich entschlossen, diese neue Heimat mit aufzubauen, mit Hand anzulegen an diesem neu entstehenden Staat und ein Teil der Mitte dieser Gesellschaft zu werden. Sie blickten nicht im Zorn und ohnmächtiger Trauer zurück – ohne je die Liebe zu ihren Wurzeln aufzugeben. Das ist gut so, sonst wären die Toten umsonst gestorben.

Über 14 Millionen Deutsche verloren durch Flucht und Vertreibung ihre angestammte Heimat. Bis zu zwei Millionen von ihnen, Kinder, Frauen und Alte, überlebten den Marsch nach Westen nicht. Sie erfroren auf den Rückzugstraßen, starben bei Transporten in Viehwaggons. Sie ertranken in der Ostsee, gingen an Hunger oder Seuchen zugrunde. Abertausende wurden ermordet, unzählige Frauen vergewaltigt.

Für viele Überlebende sind die Schrecken jener Zeit noch immer gegenwärtig, als wäre es gestern geschehen. Auch daran ist zu erinnern.

Und deshalb frage ich: Können wir heute eigentlich wirklich begreifen, welche unglaublich moralische Stärke sie zeigten, als sie schon 1950 mit der Charta der Heimatvertriebenen jeglicher Art von Gewalt eine Absage erteilten? Ist es wirklich zu verstehen, dass sie damals schon formulieren konnten „Die Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig.“? Sie, die noch weit nach dem nach Kriegsende Hunderttausende von Toten zu beklagen hatten.

Aber sie haben nicht nur dieses Versprechen gehalten, sondern auch das Versprechen „jedes Beginnen mit allen Kräften zu unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

Das gehört zu den großen Leistungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die sie mit Recht stolz sein können. Und es gehört zu einem der größten Erfolge unserer deutschen Geschichte, dass es gelungen ist, die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik so erfolgreich zu integrieren. Einen Beitrag dazu leistete das Soforthilfegesetz, vor allem aber der Lastenausgleich in Westdeutschland, der eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung von historischer Dimension darstellte.

Sie erbringen mit ihrem Wirken einen Dienst an unserem Vaterland, an unserer Geschichte und an einer Zukunft in Freiheit und Demokratie. Und sie haben unsere Kultur, die Kultur Bambergs, Oberfrankens, Bayerns, Deutschlands und Europas reicher gemacht. Das Bewusstsein für die eigene Herkunft, die Geschichte und die Tradition der eigenen Volksgruppe ist auch für die Zukunft wach zu halten. Man kann – nein man muss – an die geschichtlichen Leistungen der Deutschen erinnern. An wirtschaftliche und technische Innovationen, an Geistesgrößen, Nobelpreisträger und Forscher. An Menschen, wie Emanuel Kant, E.T.A. Hoffmann, Lovis Corinth, Arthur Schopenhauer, Johann Gottfried Herder, Gerhart Hauptmann, Alfred Döblin oder Bernhard Grzimek. Persönlichkeiten, die aus Gebieten kommen, die auch für sie Heimat bedeutet. E.T.A. Hoffmann war übrigens ab Herbst 1808 in Bamberg Theaterdirektor und heute ist sowohl das Bamberger Theater, als auch ein Bamberger Gymnasium nach ihm benannt.

Man kann an die Kunstdenkmale und die heute noch zu bewundernden architektonischen Großleistungen verweisen. Auf Städte wie Marienbad, Karlsbad oder Franzensbad im Sudetenland, die Marienburg in Ostpreußen, die Jahrhunderthalle in Breslau oder die Kirchenburgen in Siebenbürgen; an die Werke deutscher

Baumeister in Russland. All dies sind Zeugen deutscher Siedlungsgeschichte, die keineswegs nur für die deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, sondern für uns alle, für alle Deutschen einen unverzichtbaren Teil unserer Identität darstellen. Die Vertriebenen und die in Deutschland lebenden Aussiedler sind deshalb in besonderer Weise Repräsentanten deutscher Kultur. Und sie sind in besonderer Weise auch Europäer, weil sie im jahrhundertelangen Austausch mit ihren Nachbarn eine zusätzliche kulturelle Kompetenz erhalten haben. Sie sind die Brückenbauer zwischen den Kulturen.

Aus diesem Verständnis heraus hat sich die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl für die Festschreibung von § 96 Bundesvertriebenengesetz seinerzeit im Einigungsvertrag 1990 eingesetzt. Er verpflichtet Bund und Länder „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“ zu erhalten. Er verpflichtet, Einrichtungen des Kulturschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Diese Aufgabe ist weder heute, noch für die Zukunft obsolet.

Deshalb haben wir dem von der rot-grünen Bundesregierung eingeschlagenen Weg mit der sogenannten „Neukonzeption der Vertriebenenkulturarbeit“ ein Ende gesetzt. Die alte Bundesregierung hat diese wichtige Aufgabe in beschämender, in gesetzwidriger Weise vernachlässigt.

Mit dem Regierungswechsel haben wir in diesem Bereich deutliche Verbesserungen durchgesetzt. Für die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz wurden im Bundeshaushalt seit 2006 eine Million Euro mehr eingestellt. Mittel, die im besonderen Maße für eine lebendige Kultur so wichtige kulturelle Breitenarbeit zur Verfügung gestellt wurden. Für 2008 und 2009 konnten wir eine weitere Aufstockung der Mittel um 200.000 Euro erzielen. Erstmals stehen damit auch wieder Mittel für den grenzüberschreitenden Kulturaustausch zur Verfügung – Mittel, die unter Rot-Grün gänzlich gestrichen wurden. Und wir haben die erforderlichen Finanzmittel für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sichergestellt.

Auch für 2010 ist es uns gelungen, trotz der allgemeinen Sparmaßnahmen die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz auf 17 Mio. Euro zu halten. Ich halte das für ein ganz wichtiges Signal der unionsgeführten Bundesregierung, dass dieser Politikbereich im 60. Jubiläumsjahr der Charta der deutschen Heimatvertriebenen auch in einem finanzpolitisch außerordentlich schwierigen Umfeld angemessen dotiert wird!

Es ist die Generation der Kriegskinder und der Enkel, die heute die Fragen stellen. Sie fordern uns auf, sich zu erinnern, weil sie ihre Wurzeln verstehen will. Denn nur wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft gestalten.

Viele der Erlebnisgeneration werden ihre Geschichte bald nicht mehr erzählen können. Sie kennen zwar alle die einschlägigen TV-Dokumentationen, vornehmlich des ZDF, in denen Zeitzeugen-Interviews vorkommen. Aber systematisch sind Erinnerungen der Heimatvertriebenen nicht erfasst worden. Daher wird sich die Union für bundesweite Projekte der Zeitzeugen-Erfassung einsetzen.

Wir müssen zudem darauf achten, dass das, was sie, was viele von ihnen erlebt haben, eine Warnung darstellt. Eine Warnung für die jungen Menschen, die all dieses Leid nicht erfahren haben, die davon ausgehen, dass ein friedliches Zusammenleben in Europa unzerstörbar ist. Ihre Erinnerung ist lebenswichtig. Sie kann der Generation heute helfen, Eindrücke zu ordnen und zu verstehen.

Rund 3,1 Millionen Deutsche, die zuvor als deutsche Minderheiten in Mittelost-, Südosteuropa und der ehemaligen Sowjetunion lebten, sind seit der Wende in Europa als Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Die allermeisten von ihnen sind vorbildlich in unsere Gesellschaft integriert und stellen von daher einen großen Gewinn für Deutschland dar.

Es ist aber auch nicht zu leugnen, dass in den letzten Jahren auch Integrationsdefizite feststellbar sind. Um dem zu begegnen, ist es wichtig, dass die Aussiedler nicht stigmatisiert werden, sondern dass Defiziten, dort wo sie bestehen, mit einer klaren Vorwärtsstrategie begegnet wird.

Für eine verbesserte Integration der Spätaussiedler mit akademischem Hintergrund im Hinblick auf den Arbeitsmarkt fordern wir etwa die Verbesserung der Transparenz bei den Anerkennungsverfahren für Bildungs- und Berufsabschlüsse und die Verbesserung der Möglichkeiten zur Nachholung fehlender Qualifikationsbestandteile.

Die Altbayern, Schwaben und Franken haben es wesentlich leichter, ihre Geschichte und Kultur, ihre Sprache, ihr Brauchtum und ihre Traditionen weiter zu geben, als die Sudetendeutschen. Im Unterschied zu den anderen drei Stämmen Bayerns leben sie getrennt von der ursprünglichen Heimat. Für sie ist es daher ungemein schwieriger, den Dialekt, das Liedgut, die Geschichte zu vermitteln und an die Jugend weiter zu geben.

Das erfordert zum einen großen ehrenamtlichen Einsatz, das erfordert aber aufgrund der ungünstigeren Ausgangslage auch besondere staatliche Unterstützung.

Wir alle wissen, dass die Sudetendeutschen wie alle Heimatvertriebenen der Nachkriegsjahre in einer Übergangsphase stehen: Diejenigen, die die Vertreibung noch erlitten haben, werden weniger.

Umso wichtiger ist es, zukunftsfeste Strukturen und Institutionen zu schaffen, die auch in 20, 30 oder 40 Jahren in der Lage sind, Sudetendeutsche Geschichte und Kultur zu vermitteln.

Dazu gehört neben der Sudetendeutschen Stiftung und diesem Sudetendeutschen Haus auch ein neues Sudetendeutsches Museum.

Dieses Museum steht im Koalitionsvertrag der bayerischen Staatsregierung. Eine grundsätzliche Konzeption ist bereits erstellt worden. Jetzt geht es darum, das Wünschbare mit dem Machbaren in Einklang zu bringen: Diesem Museum wird ein großes Zukunftsprojekt für unseren Vierten Stamm.

Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler können sich in Bayern wohlfühlen. Diejenigen, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu uns kamen, sind inzwischen integriert und fest mit der bayerischen Heimat verwurzelt.

Es war kein leichter Weg – von den Viehwaggonen, mit denen sie hier in Bayern als Flüchtlinge ankamen, über die Einquartierungen auf Bauernhöfen oder in Lagern bis hin zur Schaffung von Eigentum. Es war ein Weg harter Arbeit, ein Weg, der mit Tränen und Schweiß gepflastert war, aber ein erfolgreicher Weg – erfolgreich für Sie, die Heimatvertriebenen, und erfolgreich für ganz Bayern.

Auch jene die als Aussiedler und in den letzten Jahren als Spätaussiedler zu uns gekommen sind, sind größtenteils bereits integriert oder auf dem besten Wege der Integration. Auch hier war der Weg für viele nicht leicht.

Wie die Vertriebenen nach dem Krieg, so wurden auch die Aussiedler, ob sie in Polen oder Russland lebten, einer Kollektivschuld unterworfen, weil sie Deutsche waren.

Insgesamt kamen seit 1945 circa 2,7 Millionen Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler nach Bayern.

Das sind 2,7 Millionen Deutsche aus dem östlichen Europa und aus Russland. All diese 2,7 Millionen Deutsche haben viel dazu beigetragen, dass Bayern zu dem geworden ist, was Bayern heute ist, das führende Land in Deutschland und eine der wohlhabendsten Regionen in Europa.

Es war auch für Bayern ein langer Weg vom Armenhaus in Deutschland zu einem Land, das heute auf vielen Gebieten gegenüber den anderen Ländern deutliche Vorsprünge hat.

Dieser Vorsprung Bayerns ist mit das Werk der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Schon wenige Jahre nach Krieg und Vertreibung haben die deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in der „Charta von Stuttgart“ auf Vergeltung verzichtet und sich auf das Ziel eines freien und geeinten Europa verpflichtet.

Diese Haltung der Vertriebenen jährt sich nun zum 60. Mal und hat wirklich Entscheidendes zum Gelingen des europäischen Einigungsprozesses und der Aussöhnung auch mit unseren östlichen Nachbarn beigetragen.

Europa ist eine Friedens-, eine Werte- und eine Versöhnungsgemeinschaft:

Die Versöhnung über den Gräbern der Soldaten, über den Gräbern der Vertreibungstoten, Ächtung von Vertreibung und Kollektivschuld sowie Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, das ist das Fundament des heutigen Europas.

Die Menschen in Europa haben die gleichen Werte, sie sind vom Christentum geprägt, von der Aufklärung, vom Humanismus.

Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Werte muss es möglich sein, auch Vertreibungen als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich ein massiver Verstoß gegen die Menschenrechte.

Für Vertreibungen darf es keinen Platz mehr in Europa und auf der Welt geben!

Sie alle haben sich über Jahrzehnte hinweg für das Wohl der Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten eingesetzt. Sie haben die Erinnerung an ihr Schicksal aufrecht erhalten. Sie haben gezeigt, dass Erinnerung lebenswichtig ist, denn sie kann der Generation von heute helfen, Eindrücke zu ordnen und zu verstehen.

Denn nicht die Erinnerung, sondern das Vergessen ist und bleibt die Gefahr. Das Vergessen der katastrophalen Ereignisse der NS-Diktatur, wie auch der SED-Diktatur. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Vorsorge zu treffen, dass diese sich nicht wiederholen. Wir müssen uns mit den Ursachen beschäftigen und daraus die richtigen Lehren ziehen - gerade - für die jungen Menschen, die nach dem Krieg geboren sind und das Glück hatten, 60 Jahre Friede, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu erleben.

